



BERICHT ZUR LAGE DER WIRTSCHAFT

02/2025

Wirtschaftswende-Wahl?

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Am 23. Februar finden die Wahlen zum deutschen Bundestag statt. Deutschland steht, wieder einmal, vor großen Herausforderungen. In erster Linie sind die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefragt. Seit der Wiedervereinigung und dem angeblichen „Ende der Geschichte“, wie Francis Fukuyama die Überwindung der sozialistischen Diktatur durch die liberalen Demokratien des Westens bezeichnete, ist noch nicht so offensichtlich gewesen wie heute, dass die Welt sich in einer großen Rivalität befindet: Den autoritären Staaten des Ostens stehen die liberalen Demokratien des Westens gegenüber. Keiner dieser beiden Blöcke ist in sich gefestigt. Das gilt insbesondere für die Staaten des Westens.

Hier hat die neue Bundesregierung ihre wichtigste Aufgabe. Sie muss die transatlantische Partnerschaft erneuern und für einen größeren Zusammenhalt zwischen den USA und der EU sorgen – sicherheits- wie handelspolitisch. Dies ist kein einfaches Unterfangen mit einer Administration Trump, die scheinbar nicht zwischen Freund und Feind unterscheidet. Vielleicht dürfen wir Europäer aber auch hinterfragen, ob wir die USA fair behandeln. Jedenfalls wird Deutschland stärker aufrüsten und seine Sicherheitsstrategie ändern müssen.

An zweiter Stelle muss die neue Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik umsteuern. Die deutsche Wirtschaft befindet sich voraussichtlich im vierten Jahr der Stagnation. Das hat es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben. Eine sorgfältige Datenanalyse lässt nur den Schluss einer schweren Strukturkrise zu. Unternehmen, die in Deutschland investieren sollen, müssen bessere Investitionsbedingungen erhalten. Sonst wird hierzulande zu wenig investiert. Die Investitionsbedingungen lassen sich nicht dadurch verbessern, dass der Staat hier und da selektiv und befristet Subventionen an ausgesuchte Unternehmen und Branchen für wünschenswerte, dem Schönen und Guten deutscher Romantik verpflichtete Aktivitäten verteilt. Es muss um Kostensenkungen in der Breite gehen.

Dazu muss die Regulierungsintensität reduziert werden. Der Datenschutz ist zu streng, Regulierungen im Umwelt- und Klimaschutz überbordend, das Baurecht viel zu weitreichend und kompliziert. Ähnliches gilt für das Arbeitsrecht. In all diesen Bereichen ist Deregulierung geboten. Die Energiekosten sind zudem zu hoch. Daher müssen marktwirtschaftliche Reformen des Strommarktes und der weiteren Energieversorgung her. Kleinteilig, mit pseudo-marktlichen Auktionen durch den Staat

regulierte Kapazitätsmärkte sind im Strommarkt der falsche Weg. Nodal pricing und regional differenzierte Preise sind erforderlich.

Nicht zuletzt ist die Steuerbelastung zu hoch. Die USA werden in Kürze ihren Körperschaftsteuersatz auf 15 Prozent und damit auf die Hälfte der deutschen Belastung für Kapitalgesellschaften (Körperschaft- und Gewerbesteuer plus Solidaritätszuschlag) senken. Wenigstens eine Reduktion um 5 Prozentpunkte, auf das französische Niveau, ist erforderlich, um hier nicht ganz abgehängt zu werden. Die ebenfalls diskutierte Investitionsprämie, je nach Wahlprogramm befristet für fünf Jahre und auch für Unternehmen mit Verlusten zu gewähren, gehört hingegen in die Kategorie der in der auslaufenden Legislaturperiode dominanten Politik selektiver Steuervergünstigungen. Da diese Prämie wie eine Sonderabschreibung wirkt, die über dem tatsächlichen Wertverzehr liegt, und zugleich für Unternehmen in der Verlustzone gewährt werden soll, entspricht sie einer allgemeinen Subventionierung von Unternehmen, die in Deutschland investieren. Sie ist daher zurecht vom Beihilferecht der EU bedroht. Zudem zeigt schon dieser Ansatz den selektiven Charakter dieser Maßnahme. Noch deutlicher wird dies, wenn man den Vorschlag des DGB berücksichtigt, dass diese Prämie nur Unternehmen gewährt werden soll, die einem Flächentarifvertrag unterworfen sind. Die unsinnige Investitionslenkung ginge weiter.

Drittens muss die neue Bundesregierung auf Stabilität bedacht sein. Die Inflation ist zwar in die Nähe der Zielgröße der EZB gesunken. Aber sie liegt immer noch darüber und es ist noch nicht ausgemacht, dass es in diesem Jahr zu einer weiteren Beruhigung an der Preisfront kommt. Preisstabilität ist Mandat der EZB. Aber die Fiskalpolitik spielt eine wichtige Rolle für die Inflation. Die Bundesregierung sollte angesichts der hohen Staatsverschuldung in den USA und der EU weiterhin auf eine solide Finanzpolitik im Rahmen der Schuldenbremse setzen. Die Anleihemärkte sind schon nervös genug.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld